

# Die Volksrepublik Ungarn.

Eine Demonstration der kriegsgebedienten Hochschüler.

Heute vormittag 9 Uhr versammelten sich ungefähr 2000 kriegsgebediente Universitäts Hörer im Garten des Nationalmuseums und zogen von dort aus zur technischen Hochschule nach Ofen, wo sie sich mit den Technikern vereinigten. Die durch die erschweren Lebensverhältnisse in eine bedrängte Lage geratenen Studenten beschloßen, zur Durchsetzung ihrer Forderungen demonstrativ vor das Kriegsministerium zu ziehen.

Ihr Abmarsch erfolgte um 11 Uhr vormittags vom Polytchnikum. Sie zogen in geschlossenen Reihen über die M-brecht-ut auf den Szent-Ghorgy-ter, wo sie vor dem Kriegsministerium in Hufeisenform Aufstellung nahmen. Eine zehngliedrige Abordnung begab sich nun in das Kriegsministerium und wünschte den Kriegsminister Böhm zu sprechen.

Da der Kriegsminister nicht zugegen war, wurde die Deputation von dem Staatssekretär Dr. Martin Pete empfangen. Der Wortführer der Abordnung, stud. med. Andreas Szántó schilderte dem Staatssekretär die bedrängte Lage der kriegsgebedienten Hochschüler und wies darauf hin, daß sie sich in einem großen Elend befinden, sie vermögen weder die Mittel für ihre Verpflegung noch für die Wohnung aufzubringen, sie hätten auch nicht die Zeit, sich um eine Arbeitslosenunterstützung anzustellen wie die Arbeitslosen der Industriearbeiter. Die Hochschüler ersuchen, die Regierung möge ihnen entweder die Arbeitslosenunterstützung von täglich 15 Kronen, oder aber das Doppelte des jetzigen Leutnantsgehaltes bis drei Monate nach endgültigem Friedensschluß zukommen lassen.

Staatssekretär Pete erklärte, er verstehe die schwierige Lage der kriegsgebedienten Hochschüler ganz gut und könne ihnen nur versichern, daß man bestrebt sei, alle berechtigten Wünsche zu berücksichtigen. Im übrigen haben sie sich an eine mächtige Adresse gewendet, da nicht das Kriegsministerium zuständig sei, ihre Wünsche zu erfüllen. In dieser Sache sei entweder das Volkswohlfahrtsministerium oder der Unterrichtsminister zuständig.

Daraufhin entsetzte sich die Deputation.

Einer der Universitäts Hörer verkündete vom Balkon des Kriegsministeriums der unten harrenden Menge, der Staatssekretär habe ihre Wünsche mit Wohlwollen aufgenommen, doch habe er erklärt, er sei nicht berufen, in dieser Angelegenheit zu entscheiden. Der Sprecher forderte die Studenten auf, vor das Ministerpräsidentium zu ziehen. Nunmehr zogen die Hochschüler wieder in geschlossenen Reihen vor das Ministerpräsidentium und nahmen dort ebenfalls in Hufeisenform Aufstellung.

Die frühere Abordnung begab sich unter Führung der Studenten Andreas Szántó, Ladislav Zachariás und Josef Csánády in das Ministerpräsidentium.

Der Abordnung gelang es nach einer kleinen Auseinandersetzung mit Sektionsrat Balla, ihren sofortigen Empfang beim Ministerpräsidenten zu erwirken. Es sprachen drei Hochschüler, die alle das fürchterliche Elend in grellen Farben schilderten, das die Hochschüler in Budapest bedrückt. Sie baten um dringende Abhilfe, und zwar trugen sie dieselben Wünsche vor, die sie bereits im Kriegsministerium vorgebracht hatten. Einer ihrer Redner verwies darauf, daß die Erfüllung ihrer Wünsche dem Staate bloß zwei Millionen Kronen monatlich koste und meinte, diese Summe sei nicht so groß, daß sie nicht zu dem erwähnten Zweck aufgebracht werden könnte. Die Studenten erklärten, sie würden ihre Wünsche in einer Denkschrift zusammenfassen und dem Ministerpräsidenten unterbreiten.

Ministerpräsident Berinkeh führte in seiner Antwort aus, er sei zwar nicht berufen, in dieser Angelegenheit zu entscheiden, denn dies sei Sache des Ministerrates, dem die Wünsche der Hochschüler durch den Unterrichtsminister zu unterbreiten sein werden. Sollten jedoch die Hochschüler ihre Denkschrift dem Ministerpräsidenten unterbreiten, so sei er sehr gern geneigt, sie dem Ministerrate zur Verhandlung vorzulegen. Er versicherte die Studenten seines Wohlwollens und sagte, man möge die schwierige finanzielle und

wirtschaftliche Lage des Landes berücksichtigen, in der der Staat einzelne nur so weit unterstützen könne, daß die Interessen der Gesamtheit nicht geschädigt werden. Der Ministerpräsident hofft, daß den Studenten die 450 Kronen monatlich innerhalb der Grenze der Möglichkeit auf eine gewisse Zeit dauernd angewiesen werden können.

Es sprachen noch einige Studenten, als man dem Ministerpräsidenten meldete, daß die vor dem Gebäude versammelten Hochschüler ihn zu hören wünschten.

Während des Empfanges der Abordnung demonstrierten die Hochschüler wieder mit lauten Rufen der Unzufriedenheit und ein Trupp versuchte sogar, in den Hausflur des Ministerpräsidentiums einzudringen, wurde jedoch von einigen Kollegen aufgefordert, dies zu unterlassen.

Sodann erschien der Ministerpräsident auf dem Balkon des Ministerpräsidentiums, wo er von den versammelten Studenten mit lebhaften Hufeisen empfangen wurde. Der Ministerpräsident sagte ungefähr folgendes:

— Meine lieben Freunde! Eure Vertreter haben mir eure Wünsche (Mufe: Forderungen!) vorgebracht, worüber man mir ein Memorandum unterbreiten wird. (Wir haben schon eines unterbreitet!) Ich werde eure Denkschrift dem Ministerrat unterbreiten. (Stürmische Hufeisen.) Die Erfüllung eurer Denkschrift hängt jedoch nicht von mir ab, sondern von der Entscheidung des Ministerrates. (Das ist wieder eine Hinauschiebung!)

Der Ministerpräsident entgegnete in lautem Ton, entweder höre man ihn an, oder nicht, entweder lasse man ihn arbeiten, oder nicht. Er könne nicht den ganzen Tag Deputationen empfangen. Er empfangen ohnedies von früh bis abend immer Abordnungen.

Daraufhin beruhigte einer der Hochschüler die aufgeregte Menge, indem er auf Grund der Mitteilung des Ministerpräsidenten erklärte, daß der nächste Ministerrat, der bereits am Donnerstag stattfindet, sich mit dieser Frage beschäftigen werde. Er fügte noch hinzu, seine Kollegen mögen noch dieses eine gefühlvolle Mittel: die Entscheidung des Ministerrates abwarten, es dauere ja ohnehin nur bis Donnerstag. Damit aber auch die Hauptstadt davon Kenntnis nehme, in welchem Elend und in welcher Notlage sich die kriegsgebedienten Hochschüler befinden, mögen sie in die Stadt ziehen und dort ebenso laut demonstrieren, wie dies die Arbeiterschaft zu tun pflege. Gegen halb 2 Uhr zogen die Hochschüler, deren Zahl sich mittlerweile bedeutend verringert hatte, von der Festung ab.

## Aufhebung der Einjährig-Freiwilligenbegünstigung.

Das amtliche Blatt veröffentlicht das Volksgesetz XXXII: 1919, durch das das Recht und das Privileg, die in dem G.-A. XXX: 1912 in der Einjährig-Freiwilligenbegünstigung aufrechterhalten wurden, aufgehoben werden. Damit verlieren alle mit dieser Begünstigung zusammenhängenden Bestimmungen des Wehrgesetzes und sonstiger Gesetze, ferner die Bestimmung des G.-A. XXX: 1912 über den nur zweijährigen Dienst ihre Wirksamkeit. Die in den Gesetzkartellen XXVI und XXVII: 1899 enthaltenen Studienbegünstigungen bleiben für Hochschüler, die ihrer Einjährig-Freiwilligenpflicht im ganzen oder zum Teil bereits genüge geleistet haben, unberührt. Dieses Gesetz tritt heute in Kraft.

## Termine für Wahlhandlungen.

Wie wir im Morgenblatte mitgeteilt haben, werden die Wahlen in die verfassunggebende Nationalversammlung am 13. April stattfinden. Es lassen sich daher jetzt schon die in den einschlägigen Volksgesetzen und Verordnungen für gewisse Wahlhandlungen bestimmte Termine auch kalendarisch feststellen.

Spätestens morgen, Mittwoch, den 10. d. haben die Hausbesitzer oder ihre Bevollmächtigten bei den im Lokal der Wahlkommissionen fungierenden Konfiskationskommissären die Anmeldebücher für die Wähler wie auch die Sammelbogen zu übernehmen. Der Bürgermeister der Hauptstadt erinnert die Hausbesitzer heute neuerlich durch Maueranschläge an diese Pflicht. Die Uebernahme der Blätter und Bogen hat in der Zeit von 2 bis 5 Uhr nachmittags zu erfolgen. Der Hausbesitzer hat dann für die Verteilung der Anmeldebücher unter die Hausbewohner wie auch für die Wahl von Vertrauensmännern zu sorgen. Diese übergeben die kontrollierten Blätter dem Hausbesitzer oder dessen Bevollmächtigten, der sie dem Konfiskationskommissär zukommen läßt.

Der wichtigste, im Morgenblatt ebenfalls bereits erwähnte Termin, der für die Einreichung der Kandidationsvorschläge, fällt auf den 29. d., als den fünfzehnten Tag vor dem Wahltag.

Am folgenden Tage, also am 30. d., hält das Wahlamt eine Sitzung, in der die Liste der Kandidaten und der Ersatzkandidaten festzustellen ist. Diese Arbeit ist am nächsten Tage, den 31. d., jedenfalls zu beenden. An dieser Sitzung nehmen auch die Bevollmächtigten der Parteien teil.

Spätestens an dem dem Wahltag vorangehenden zehnten Tage, also am 3. April, machen die in einer und derselben Liste vorkommenden Kandidaten und Ersatzkandidaten zusammen zwei Vertrauenspersonen für das Wahlamt und je einen Beisitzer und einen Ersatzbeisitzer für die Skrutiniumskommission namhaft, die sich am Wahltag selbst konstituiert.

Nach dem Wahltage hat das Bezirksgericht, nach Ablauf von 48 Stunden, also am 16. April, die ihm von den Skrutiniumskommissionen zugewiesenen Wahllisten dem Wahlamt zu übermitteln, das nach Verlauf von vier Tagen, also am 18. April, die Arbeiten zur Feststellung des Wahlergebnisses ohne Rücksicht darauf in Angriff zu nehmen hat, ob schon sämtliche Abstimmungsakten eingelangt sind oder nicht.

## Die Forderungen der Kriegsinvaliden.

Der aus den Vertrauensmännern der Budapester Nachbehandlungsanstalten, sowie dem Präsidialrat der Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und -waisen gebildete Kriegsinvalidenrat fordert sämtliche Kriegsinvaliden, -witwen und -waisen, gleichviel, welchem Verbands sie angehören, auf, in der am 23. März in Budapest im großen Saale des Stadthauses abzuhaltenen außerordentlichen Generalversammlung zu erscheinen. Wie der Kriegsinvalidenrat angibt, vermöchte bisher keine Organisation die Forderungen der Kriegsinvaliden zur Geltung zu bringen, es wird jetzt versucht, sämtliche Invaliden, Kriegswitwen und -waisen, ohne Rücksicht auf ihre politische Auffassung, ausschließlich in materiellen Fragen zu vereinigen.

## Der neue Leiter der amerikanischen Kommission.

An Stelle des bisherigen Leiters der amerikanischen Kommission, Oberleutnant Philipp Goodwin, der, wie wir gestern gemeldet haben, demnächst Budapest verläßt, ist, wie wir erfahren, bereits Kapitän Roosevelt, ein Neffe des ehemaligen Präsidenten, in Budapest eingetroffen, um die weiteren Arbeiten der Kommission zu leiten. An seiner Seite wirkt Oberleutnant Dr. Bernhard Weiß, ein amerikanischer Offizier ungarischer Abstammung, der Kapitän Roosevelt in der Leitung der Arbeiten der Kommission unterstützen wird.

## Eine Entente-Kommission in Budapest.

Politikoi Híradó meldet: Eine aus 24 Mitgliedern bestehende Kommission der Entente ist heute mit der Südbahn aus Triest in Budapest eingelangt. Sie beschäftigt sich mit wirtschaftlichen Fragen. Heute nachmittags findet hierüber eine Beratung mit den Mitgliedern der ungarischen Regierung und den Entente-Delegierten, sowie mit anderen wirtschaftlichen Faktoren statt. Die Entente-Kommission kehrt ihre Studienreise von Budapest nach Belgrad und von dort nach Bukarest fort. Die Abreise erfolgt voraussichtlich schon morgen.

## Anschluß an die Karolypartei.

Politikoi Híradó meldet: Die Szilághy-Somlói Unabhängigkeitspartei hielt gestern eine Volksversammlung, in der im Namen der Zentrale der Karolypartei Moriz Szatmári die politische Lage erörterte und die Notwendigkeit des Zusammenwirkens mit der sozialdemokratischen Partei betonte. An der Versammlung nahmen in großer Zahl Flüchtlinge aus der Stadt Zilah teil, denen Szatmári die Botschaft übermittelte, daß die ungarische Regierung auf die gewaltsam besetzten Gebiete nie verzichten werde. Es wurde sodann der Anschluß an die Karolypartei beschlossen. Am 23. d. M. findet eine große Volksversammlung statt, an der auch Minister des Innern Binzenz Nagy teilnehmen wird.